

# Das Erbe verteidigen

## Dokumentiert. Rede bei der Thälmann-Ehrung in Hamburg am 16. April 2011

Von Egon Krenz



Gegen die Entsorgung  
antifaschistischer Geschichte:  
Gedenkkundgebung an der  
abgerissenen Ernst-Thälmann-  
Gedenkstätte in Ziegenhals bei  
Königs Wusterhausen (17.4.2011)  
Foto: Gabriele Senft

**Wir dokumentieren die Rede, die Egon Krenz am Samstag in Hamburg auf einer Gedenkfeier zum 125. Geburtstag des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann (geboren am 16.4.1886 in Hamburg, ermordet am 18.8.1944 im KZ Buchenwald) gehalten hat. Die von rund 100 Gästen besuchte Veranstaltung der »Gedenkstätte Ernst Thälmann« fand im Georg-Asmussen-Haus im Stadtteil St. Georg statt. Neben Krenz sprachen dort u. a. Hein Pfohlmann, Vorsitzender des Kuratoriums »Gedenkstätte Ernst Thälmann«, die DKP-Vorsitzende Bettina Jürgensen, Siegfried Mechler, Vorsitzender des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV), und Cilly Keller vom Freundeskreis Ernst-Thälmann Gedenkstätte Ziegenhals.**

**Egon Krenz wurde im Oktober 1989 Nachfolger Erich Honeckers als Generalsekretär des ZK der SED und Staatsratsvorsitzender. Zuletzt erschien 2009 bei edition ost, Berlin, sein Buch »Gefängnis-Notizen«.** (jW)

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Freunde,

meine Damen und Herren,

wir erinnern heute an einen großen Deutschen. Seine Gegner wollen ihn klein halten, weil er Kommunist war: ein aufrechter, ein standhafter, ein kämpferischer. Deshalb wollen sie seine historische Rolle dem herrschenden Zeitgeist anpassen.

Als ich vor fünf Jahren hier in der Hansestadt zum 120. Geburtstag Thälmanns sprach, schloß ich mit den Worten: »Als Nicht-Hamburger glaubte ich, Thälmann würde auf der Liste der Ehrenbürger seiner Heimatstadt stehen. Leider habe ich mich geirrt. Gefunden habe ich aber den Namen des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg, vor dem Thälmann bekanntlich warnte, wer ihn wähle, wählt Hitler und wer Hitler wählt, wählt Krieg. Eine geschichtliche

Prognose, die leider Realität wurde. Wieviel Not und Elend hätten unserem Volk und der Welt erspart bleiben können, hätte man wenigstens in diesem Punkt auf Thälmann gehört.«

Ich hatte weder vor fünf Jahren Illusionen, noch habe ich sie heute, daß sich die Mehrheit der Damen und Herren der Hamburger Bürgerschaft von historischen Tatsachen anregen ließe, die Liste der Ehrenbürger mit dem Namen Thälmann zu bereichern. Dennoch: Die Hoffnung, so heißt es ja, stirbt zuletzt. Wer sagt denn, daß die jetzt regierenden Sozialdemokraten nicht nachholen könnten – wenn sie denn nur wollten –, was historisch und menschlich lange fällig gewesen wäre: den Hamburger Transport- und Hafendarbeiter, den Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft und des Deutschen Reichstages, den Präsidentschaftskandidaten, den politischen Gefangenen Adolf Hitlers, den Parteivorsitzenden der KPD postum zum Ehrenbürger der Stadt zu erklären.

Wenn man dafür noch die Begründung eines Zeitzeugen bräuchte, könnte man ruhigen Gewissens auf den aus dem Bürgertum stammenden deutschen Schriftsteller Heinrich Mann zurückkommen. Zum 50. Geburtstag Thälmanns schrieb er, was für eine solche Ehrung eigentlich ausreichen sollte: »Die proletarische Jugend hat Helden und darf zu ihnen aufblicken (...) Der gefangene Ernst Thälmann ist sehr stark, viel stärker als seine Peiniger (...) Thälmann ist ein wirklicher Arbeiter mit Fäusten und einem gesunden Verstand. Der Feind, der ihn gefangen hält, stellt von allem das Gegenteil dar.«<sup>1</sup>

## **Kämpfer bis in den Tod**

Jedes Jahr wird der mutigen Männer des 20. Juli gedacht, die 1944 ein Attentat auf Hitler wagten. So kenne ich es auch aus DDR-Zeiten. Aber: Wer Stauffenbergs gedenkt – und ich tue es aus Überzeugung, weil auch er sein Leben für ein freies Deutschland gab – wer aber seiner gedenkt, darf Thälmann nicht aus seiner Erinnerung streichen. Und gerade letzteres geschieht in Deutschland ganz offiziell. Auch dadurch, daß Gedenkstätten, wie die in Ziegenhals bei Berlin, unter Duldung einer sozialdemokratisch geführten Regierung entsorgt wurden.

Wenn man schon keine Achtung vor geschichtlichen Leistungen hat, sollte man wenigstens Respekt davor haben, daß Thälmann für seine Überzeugung das Wertvollste gegeben hat, was ein Mensch besitzt: sein Leben. Er hätte es retten können. Die Nazis hätten ihm ein gutbürgerliches Leben garantiert – wenn er denn abgeschworen, wenn er seine Überzeugung verleugnet hätte. Er zog sich nicht ins Private zurück, er flüchtete sich nicht in die Ausrede, man könne sowieso nichts gegen Hitler tun. Man müsse abwarten, bis er abgewirtschaftet habe. Er blieb ein Kämpfer, sich und seiner Sache treu – bis in den Tod.

Diese mutige Haltung regt mich zu der Frage an: Wie verhielten sich denn zu jener Zeit, als Thälmann im Gefängnis litt und nach fast elfeinhalb Jahren grausamer Haft ermordet wurde, Persönlichkeiten aus anderen politischen Lagern, die später in der Bundesrepublik politische Karriere machten?

Ich stelle mir diese Frage nicht aus Rechthaberei, auch nicht, um gewisse Persönlichkeiten nachträglich zu beschädigen. Ich stelle sie mir, weil ich wütend darüber bin, daß seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland Kommunisten ausgegrenzt werden – solche, die noch leben,

und solche, die für ein freies Deutschland ihr Leben gegeben haben. Mich empört, daß hierzulande die kommunistische Tradition der Arbeiterbewegung mit Fluch und Schande belegt wird, während das Verhalten bürgerlicher Politiker, ihre Angepaßtheit, ihr Opportunismus mit viel Verständnis aufgenommen wird.

Ich finde es deshalb durchaus sinnvoll, Lebensentscheidungen von Personen aus verschiedenen politischen Richtungen zu vergleichen, die unter gleichen politischen Bedingungen gelebt haben.

Da ist zunächst Konrad Adenauer. Um seine Pensionsansprüche zu wahren, schrieb der spätere Bundeskanzler am 10. August 1934 an den preußischen Innenminister, er habe die NSDAP »immer korrekt behandelt«. Er habe sich sogar einer Anordnung des preußischen Staatsministeriums widersetzt, nationalsozialistische Beamte »zwecks Disziplinierung« namhaft zu machen, da er diese Anordnung »für unberechtigt und für ungerecht hielt«. Und weiter: 1932 habe er erklärt, »daß nach seiner Meinung eine so große Partei wie die NSDAP unbedingt führend in der Regierung vertreten sein müsse«.2 Das paßt doch zu der Ungeheuerlichkeit, daß der Kommentator der sogenannten Nürnberger Rassengesetze, Globke, in der Bundesrepublik zum mächtigsten Mann hinter Adenauer werden konnte.

Bundeskanzler Kiesinger wurde schon 1933 Mitglied der NSDAP, arbeitete seit 1940 im Reichsaußenministerium. Dort stieg er bis zum stellvertretenden Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung auf. Unter anderem war er für die Verbindung zum Reichspropagandaministerium von Joseph Goebbels zuständig.

Altbundeskanzler Schmidt und Altbundespräsident von Weizsäcker dienten als Offiziere der faschistischen Wehrmacht. Sie waren unter anderem Teilnehmer an der Leningrader Blockade, bei der Hunderttausende Leningrader ums Leben kamen. Für ihren Einsatz erhielten sie Kriegsauszeichnungen, das Eiserne Kreuz 2. bzw. 1. Klasse.3

## **Denunzierter Widerstand**

Diese exemplarischen Fälle würde ich unter normalen politischen Bedingungen nicht in eine Festrede aufnehmen. Wenn ich es dennoch tue, dann deshalb, weil im offiziellen Deutschland für die Bewertung von Kommunisten und Sozialisten ganz andere Maßstäbe, vorwiegend denunzierende und kriminalisierende, gelten: Seit 1956 ist die Partei Thälmanns verboten. Aktive Widerstandskämpfer gegen die Naziherrschaft wurden in der alten Bundesrepublik wegen ihres Eintretens gegen die Remilitarisierung verfolgt und bis heute nicht rehabilitiert. Es waren immerhin 250000 politisch Verfolgte, gegen die Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden. 10000 von ihnen erhielten Gefängnisstrafen. Jupp Angenfort wurde unter Bruch seiner Immunität als Landtagsabgeordneter von NRW auf offener Straße verhaftet und zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach meiner Empfindung ist es ein Skandal, daß die Konservativen inzwischen den dortigen Abgeordneten der Linken das Recht streitig machen wollen, ihren Sitzungssaal nach Jupp Angenfort zu benennen! Offensichtlich stört die Erinnerung an das Schicksal Angenforts diejenigen, die Unrecht nur der DDR anlasten und eigenes Unrecht schönreden.

Nach 1990 wurde der antikommunistische Umgang der Staatsmacht auch auf die DDR-Elite übertragen. Wer beispielsweise den DDR-Sicherheitsbehörden angehörte oder nur mit ihnen zusammengearbeitet hatte, trägt für den Rest seines Lebens das Kainsmal eines Ausgestoßenen. Sie dürfen im vereinten Deutschland nicht einmal Müllfahrer im öffentlichen Dienst sein. Letzteres soll nach dem Willen der Bundesregierung noch bis 2019 so bleiben.

Inzwischen sind aus dem konservativen Lager sogar Forderungen zu hören, die Partei Die Linke vom Verfassungsschutz flächendeckend bespitzeln und ein Verbot der Partei prüfen zu lassen. Ich schließe nicht aus, daß es einen inhaltlichen Zusammenhang zu der jüngsten »Extremismusklausel« der Bundesregierung gibt, die letztlich auch den Widerstand junger Leute gegen Naziaufmärsche brechen soll.

Angesichts der Rolle, die Thälmann und seine Genossen im Kampf gegen den Naziterror gespielt haben und angesichts der Ungeheuerlichkeit, daß seine Mörder in der Bundesrepublik verschont wurden, sind die politisch Verantwortlichen dieses Landes gefordert, endlich den kommunistischen Widerstand in eine Reihe mit jenen Opfern des Naziregimes zu stellen, die aus anderen politischen Richtungen kamen. Dies sage ich auch angesichts des Blutzolls, den unter allen deutschen Parteien im Kampf gegen Hitler die Kommunisten am höchsten zu entrichten hatten.

Es bedurfte erst des Besuchs des US-Präsidenten in der Gedenkstätte Buchenwald, daß auch die deutsche Bundeskanzlerin diesen Ort des Schreckens, des Widerstandes, der Trauer und der Erinnerung besuchte. Wichtiger war ihr zuvor ein Besuch im früheren Untersuchungsgefängnis des MfS in Hohenschönhausen. Gelinde gesagt: Ein wirklich verdrehter Blick auf die deutsche Geschichte. Dies um so mehr, da beim Besuch der Kanzlerin in Buchenwald kein Wort über den antifaschistischen Widerstand der Arbeiterbewegung fiel, geschweige denn über Ernst Thälmann, der in Buchenwald ermordet wurde.

## Suche nach Gespenstern



»Ich fürchte, daß unter dem Mantel des ›Kampfes gegen den Stalinismus‹ versucht wird, auch Thälmanns historische Rolle zu verkleinern.« – Egon Krenz bei seiner Rede in Hamburg  
Foto: André Lenthe

Es heißt, zu Jahresbeginn hätte es hierzulande eine Kommunismusklausel gegeben. Die muß ich wohl verpaßt haben. Was ich wahrgenommen habe, war eine Antikommunismusdebatte, eine Suche nach Gespenstern. Anlaß war diesmal ein Artikel der Kovorsitzenden der Linken, Gesine Löttsch. Ihr wird unterstellt, »Wege zum Kommunismus« zu suchen. Wer den Artikel aber gelesen und nicht nur von ihm gehört hat, versteht ihn als

Plädoyer für soziale Gerechtigkeit hier und heute. Von der Einführung des Kommunismus ist überhaupt keine Rede. Dennoch: Allein der Begriff Kommunismus reicht hierzulande schon aus, um Linke mit oder ohne Parteibuch zu ächten.

Es wurde entgegnet, der Kommunismus sei vergiftet durch Stalin, Pol Pot und die Mauer. Stalin ist aber nicht Kommunismus, Pol Pot nicht ein Kommunist, sondern ein Massenmörder, und was gemeinhin Mauer genannt wird, ist kein Bauwerk des Kommunismus, sondern des Kalten Krieges.

Wieso eigentlich soll man das Wort »Kommunismus« nicht mehr gebrauchen dürfen? Nur deshalb, weil seine Gegner ihn auf Verbrechen reduzieren? Auch ich schaue mit Zorn auf Verbrechen, die unter falscher Flagge im Namen des Kommunismus begangen wurden. Sie schmerzen. Ich bin auch dagegen, Opferzahlen gegeneinander aufzurechnen. Doch: Wer fordert, über Kommunismus könne man nur noch dann sprechen, wenn man vorher Buße getan hat, darf auch beim Gebrauch des Wortes Kapitalismus nicht dessen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vergessen:

Welche Gesellschaftsordnung in Deutschland ist denn für zwei Weltkriege mit mehr als 80 Millionen Toten verantwortlich? Wer für Auschwitz? Wer für die nie heilenden Wunden der Kolonialkriege, die Ausrottung ganzer Völkerschaften? Wer für die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki? Wer für die Todesschüsse auf Patrice Lumumba, Martin Luther King, Salvador Allende, Bischof Romero ...? Wer dafür, daß Mandela im rassistischen Gewahrsam auf Robben Island verbannt war? Wer für die Berufsverbote in der Bundesrepublik? Wer für die Todesschüsse auf Philipp Müller? Wer für die USA-Invasionen von Vietnam über Grenada, den Irak bis hin zum Krieg in Afghanistan? Und sind nicht diejenigen, die in Afghanistan Hochzeitsgesellschaften und Kinder bombardieren, die Gleichen, die jetzt unter dem Vorwand, die Zivilbevölkerung schützen zu wollen, Libyen bombardieren? So etwas gedieh und gedeiht doch auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Eine Berliner Illustrierte stellte demagogisch die Frage: »Zurück zum Kommunismus?« und meinte damit: »Zurück in die DDR?« Wieviel Unbildung oder auch Verlogenheit stecken hinter solchen Schlagzeilen! Noch hat es nirgendwo auf der Welt Kommunismus gegeben. Auch nicht in der DDR. Wir waren unterwegs zum Sozialismus, mehr noch nicht. Wir verstanden ihn als einen langwierigen historischen Prozeß tiefgreifender politischer, ökonomischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen. »Real existierender Sozialismus« im Unterschied zum »utopischen Sozialismus« – das bedeutete eben auch: Die Realität war noch weit vom erstrebten Ideal entfernt. Den gewesenen Sozialismus als Kommunismus zu bezeichnen; zu unterstellen, die Vision sei schon Realität gewesen, ist mehr als unredlich. Manches in der aktuellen Diskussion ist schon politischer Rufmord. Ich traute meinen Augen nicht, als ich einen Bericht über die von der *jungen Welt* veranstaltete Rosa-Luxemburg-Konferenz las. »Am vergangenen Wochenende«, so hieß es in der Frankfurter Rundschau, »haben rote Faschisten sich in Berlin zur Diskussion getroffen«<sup>4</sup>. Mit Verlaub: War der Redakteur besoffen? Wem gab er dieses entsetzliche Etikett? 2000 vorwiegend jungen, nach dem Sinn ihres Lebens suchenden Menschen. Der Faschismus war so einmalig, so menschenverachtend, so verbrecherisch, daß es sich verbietet, Antifaschisten in eine Reihe mit Faschisten zu stellen. Die Gleichsetzung von Rot und Braun, von Kommunismus und Faschismus ist nicht nur eine Dummheit, nicht nur eine Verharmlosung des Faschismus, nicht nur eine Beleidigung von Menschen, die als Kommunisten und Sozialisten gegen den Faschismus gekämpft haben, sondern sie ist Volksverhetzung, die bestraft gehört.

## **Politische Falschmünzerei**

Man muß kein Prophet sein, um vorauszusagen, daß Antikommunisten in den nächsten Wochen erneut Hochkonjunktur wittern. Im August jährt sich zum 50. Mal der Jahrestag des »Mauerbaus«– wie die Maßnahmen vom 13. August 1961 verkürzt genannt werden. Die Mauer, das wird leider vergessen, hatte ihren Baubeginn schon 15 Jahre früher. Bereits am 5. März 1946 sagte Churchill: »Ein Eiserner Vorhang ist quer durch den Kontinent heruntergegangen.« Dieses Datum wird allgemein als Beginn des Kalten Krieges anerkannt. Und was Deutschland betrifft, vergessen wir bitte nicht die Währungsreform im Juni 1948. In diesem Zusammenhang taucht zum ersten Mal das Wort »Mauer« als Kennzeichnung einer Trennlinie zwischen Deutschland Ost und Deutschland West auf. Die UdSSR und ihre osteuropäischen Verbündeten hatten die Westmächte gewarnt, daß die Währungsreform »in wirtschaftlicher Hinsicht eine Mauer zwischen dem Westteil Deutschlands und dem übrigen Deutschland« errichtet. Der spalterischen Währungsreform im Westen folgte die spalterische Gründung der BRD – erst in der Folge auch die Gründung der DDR. Wenn heute über die damalige Situation gesprochen oder geschrieben wird, verschweigt man bewußt, daß die DDR ihre Grenzen erst 16 Jahre nach Kriegsende und zwölf Jahre nach der Gründung der BRD geschlossen hat. An der offenen Grenze hat die Bundesrepublik gut verdient und die DDR erheblichen ökonomischen Schaden gehabt. Am 13. August vor 50 Jahren wurde eigentlich erst zementiert, was faktisch seit 1946 existierte: eine System- und Blockgrenze, die später eine Staatsgrenze zwischen zwei souveränen Staaten wurde, niemals aber eine »innerdeutsche Grenze« war.

Das Unglücksdatum der Deutschen ist nicht der 13. August 1961, sondern der Machtantritt Hitlers am 30. Januar 1933. Ohne ihn hätte es keinen Krieg, keine Besatzungszonen, keine zwei deutschen Staaten und folglich auch keine Grenze zwischen ihnen gegeben. »Keine sehr schöne Lösung, aber tausendmal besser als Krieg.« Das sagten weder Walter Ulbricht noch Erich Honecker. So äußerte sich US-Präsident John F. Kennedy. Da ist es nun wirklich kein Wunder mehr, daß just am Tage des Mauerbaus Kennedy auf seiner Jacht segelte, de Gaulle sich auf seinem Landsitz erholte, Macmillan auf Jagd war und Adenauer seinen Wahlkampf nicht unterbrechen wollte. Ihnen war klar, daß der 13. August 1961 eine für alle Welt sichtbare Abgrenzung der Einflußsphären der vier Großmächte und der beiden deutschen Staaten war, abgesprochen im Juni 1961 zwischen Chruschtschow und Kennedy bei ihrem Gipfeltreffen in Wien.

Dafür allein die DDR verantwortlich zu machen, ist Falschmünzerei. Es gehört zum Konzept der Bundesregierungen aller Couleur, alle Schlechtigkeiten des Kalten Krieges der DDR in die Schuhe zu schieben und für alles Gute und Schöne der deutschen Geschichte selbst verantwortlich zu sein. Solange Biographien von Millionen DDR-Bürgern als Irrweg vom Pfad der wahren deutschen Tugenden denunziert werden, wird es bei der inneren Einheit Deutschlands erhebliche Probleme geben. Jeder Mensch hat seine eigene Geschichte. Und die Geschichte der DDR-Bürger ist vielseitiger und komplizierter, als wir sie in den bürgerlichen Medien, von Politikern, Historikern und leider auch in zahlreichen schöngeistigen Büchern, Kino- und Fernsehfilmen serviert bekommen.

Ein Ausweg aus der einseitigen Schuldzuweisung an die DDR wäre, endlich die Nachkriegsgeschichte beider deutscher Staaten im Kontext mit der Weltgeschichte aufzuarbeiten. Reden wir die Bundesrepublik nicht schöner, als sie ist und machen wir die DDR nicht schlechter, als sie war. Doch wie soll das geschehen, wenn der Antikommunismus alle Lebensbereiche durchzieht? Selbst Professorentitel schützen vor Torheit nicht, was die folgenden Worte eines Professors namens Rindermann belegen: »Menschen sind«, so schreibt er, »in sozialistischen Ländern aber nicht nur weniger intelligent und wissen weniger, sie sind auch durch den geringen Wohlstand deutlich kleiner. Auf gesellschaftlicher Ebene wird damit

deutlich: Sozialismus führt nicht nur zu intellektueller Selbstverzweigung, sondern auch zu physischem Kleinwuchs.«<sup>5</sup>

Das Wichtigste bleibt für mich: Die Deutschen in Ost und West leben seit 1990 nicht mehr mit der Angst, zwei deutsche Staaten könnten gegeneinander Krieg führen. Diese Gefahr bestand in der Zeit des Kalten Krieges, der dem Wesen nach ein Balancieren am Rande eines Atomkrieges war. Ich kritisiere nicht die deutsche Einheit. Ich bemängele die Art und Weise ihres Zustandekommens und den Umgang der heute Herrschenden mit den Ostdeutschen. Eine Ehe kann nicht funktionieren, wenn die eine Seite vermeintlich alles Angenehme und die andere angeblich nur Schulden und Verbrechen eingebracht haben soll.

### **Verzerrte »Neudeutung«**

Liebe Anwesende,

»Größe und Tragik eines Arbeiterführers«<sup>6</sup> überschrieb die Zeitung Neues Deutschland vor fünf Jahren einen Artikel zum 120. Thälmann-Geburtstag.

Die Tragik Thälmanns, so denke jedenfalls ich, war seine Ermordung auf Befehl Hitlers und die Tatsache, daß diese nicht verhindert werden konnte. Doch davon ist in dem Artikel keine Rede. Statt dessen wird etwas ganz anderes zur »Tragödie«. Der altbundesdeutsche Historiker Hermann Weber wird zitiert mit den Worten: »Es war Thälmanns persönliche Tragödie, daß er von der Komintern in eine Funktion gehoben wurde, der er geistig und politisch nicht gewachsen war.« Ziemlich arrogant, wie ich meine. Wissenschaftlichen Ansprüchen wird dies nicht gerecht. Sicher, Thälmanns Universität war das Leben. Ihm war durch seine soziale Herkunft und Stellung keine höhere Schulbildung möglich. Ein Arbeiter an der Spitze einer Partei – das war in Deutschland selten und ist es heute noch. Für eine Arbeiterpartei, noch dazu für eine kommunistische, aber von großem Vorteil. Millionen Deutsche haben Thälmann im ersten Wahlgang bei der Wahl zum Reichspräsidenten ihre Stimme gegeben. Bestimmt nicht wegen seiner vermeintlichen Überforderung! Es hatte viel zu tun mit der Politik, die er vertrat, mit seiner charismatischen Persönlichkeit, seiner engen Verbindung zu den werktätigen Menschen, seiner Art, Kompliziertes einfach zu sagen. Oder wie er über sich selber schrieb, er besäße »volkstümliche und andere Lebenserfahrungen«.<sup>7</sup>

Thälmann wird undifferenziert als »Gewährsmann Stalins in der KPD« charakterisiert. Daß ein deutscher Kommunistenführer mit Vertrauen auf die Sowjetunion und auch ihren damaligen Repräsentanten Stalin schaute, kann doch nur im Zusammenhang mit der damaligen Zeit beurteilt werden. Daß er sein erstrebenswertes Ideal in der Sowjetunion verwirklicht sah, kann man ihm doch nicht zum Vorwurf machen. Er konnte die tragische Entwicklung der 30er Jahre in der UdSSR nicht vorausahnen. In dieser Zeit mußte er selbst um sein Leben bangen. Aber: Wohin sollte er denn schauen, wenn nicht auf jenes Land, mit dem Millionen Menschen in der Welt damals ihre Zukunft verbanden, darunter auch viele Intellektuelle. Er teilte sein Vertrauen in die Sowjetunion mit so herausragenden Persönlichkeiten wie Georgi Dimitroff, Maurice Thorez, Klement Gottwald, Palmiro Togliatti, Wilhelm Pieck und vielen anderen.

Der Autor des erwähnten ND-Artikels, ein Geschichtsprofessor, kritisierte die »Thälmann-Legende, die in der DDR dominant war und noch heute in kleinen Zirkeln lebendig ist«. Mag sein, daß wir in der DDR bei der Würdigung Thälmanns des Guten zuviel taten. Manche empfanden einiges auch als überflüssiges Ritual, losgelöst vom historischen Hintergrund. Als ehemaliger Vorsitzender der Pionierorganisation »Ernst Thälmann« weiß ich, wovon ich rede.

Vielleicht gehöre ich aber auch gerade deshalb zu jenen, die neue Forschungsergebnisse über Ernst Thälmann besonders aufmerksam verfolgen. Gleichwohl: Gegenüber zeitgeistfreundlichen Artikeln und Büchern, Auszügen aus Gestapo-Akten und der Anklageschrift, aus erzwungenen Geständnissen von in der Haft schwach Gewordenen oder auch von Historikern, die noch vor 20 Jahren das Gegenteil von dem behaupteten, was sie heute in die Welt setzen, bin ich mißtrauisch.

Wo Kritik an Thälmann notwendig ist, bin ich lernfähig. Sie wird aber undialektisch, wenn sie nicht im historischen Kontext steht, in Bewertung der nationalen und internationalen Situation, in Kenntnis der harten politischen Auseinandersetzungen seiner Zeit. In der heutigen Ausgabe der Zeitung Neues Deutschland (16.4.2011) wiederholt der Autor des Artikels von vor fünf Jahren wesentliche Positionen seiner Sicht auf Ernst Thälmann. Er erwähnt aber auch, die Linke werde Thälmann »weder den Antikommunisten noch den stalinistischen Apologeten« überlassen. Die Botschaft hör' ich wohl.

Doch ich fürchte, daß unter dem Mantel des »Kampfes gegen den Stalinismus« versucht wird, auch Thälmanns historische Rolle zu verkleinern. Unter dem Strich bleibt dann nur noch das aus wenigen Wahrheiten, manchen Halbwahrheiten und viel Unwahrheiten gezimmerte Bild von Thälmann: Der aus kleinbürgerlich-halbproletarischem Milieu stammende Thälmann sei intellektuell unfähig und politisch überfordert gewesen, es habe einen Personenkult um ihn gegeben, er habe die Besten der Partei permanent aus der Führung aussortiert und konnte sich als Vorsitzender der KPD nur mit Stalins Gnaden halten.

Auch wenn gönnerhaft anerkannt wird, daß Thälmann dennoch ein »aufrechter Kommunist war«, wird die »Neudeutung« seiner Persönlichkeit in keiner Weise seiner tatsächlichen geschichtlichen Rolle gerecht.

Thälmann war – wie alle Menschen – nicht unfehlbar. Das wurde in seiner Biographie, die zu DDR-Zeiten in hoher Auflage erschien, nicht verschwiegen. Heute werden von interessierter Seite die Dinge umgedreht: Seine Irrtümer werden zum Wesentlichen und seine Verdienste zur Nebensache. Das nenne ich nicht nur eine Fälschung. Das ist ein Versuch, die schwierige und nicht konfliktfreie Geschichte der KPD antikommunistisch umzuschreiben.

Mein Thälmann-Bild stütze ich neben dem Studium seriöser Dokumente vor allem auf Zeitzeugen, die die damaligen Kämpfe erlebt und nicht aus Akten erfahren haben. Einer von ihnen ist der Dichter Martin Andersen Nexö. Er schrieb schon 1936: »In dem heutigen Kampf zwischen Kultur und Barbarei, zwischen Mensch und Tier, Geist und Bestie (...) ist Ernst Thälmann das stärkste Symbol der menschlichen Kräfte geworden.«

Verteidigen wir gemeinsam dieses Erbe!

1 »Aber ich glaube an den Triumph der Wahrheit«, Ernst Thälmann zum 125. Geburtstag. Herausgegeben von Eberhard Czichon, Heinz Marohn, Wiljo Heinen, Verlag Wiljo Heinen, Berlin 2011, S. 9

2 Siehe Schreiben Adenauers an den Preußischen Innenminister vom 10. August 1934 (nach seiner Entlassung), abrufbar unter: [www.konrad-adenauer.de/index.php?msg=10045](http://www.konrad-adenauer.de/index.php?msg=10045). Weiteres Schreiben Adenauers vom 18. September 1962, die inhaltliche Richtigkeit des ersten Schreibens bestätigend, beide abgedruckt in: Delmer, Sefton; Die Deutschen und ich, Hamburg 1963, S.751 (1962 Faksimile), S. 752-60 (1934)

3 Vgl. Jonathan Carr, Helmut Schmidt. Econ, Düsseldorf/Wien 1985, S. 29. Zwei Bilder von 1942 belegen zudem das Eiserne Kreuz: Vgl. Hartmut Soell, Helmut Schmidt: 1918–1969. Vernunft und Leidenschaft. DVA, München 2004, zwischen S. 272–273; Jonathan Carr, Helmut Schmidt. Econ, Düsseldorf/Wien 1985, zwischen S. 136–137 (Hochzeitsfoto) bzw. Richard von Weizsäcker, wegen »besonderer Tapferkeit«, vgl. Rudolf Schröck, Richard von Weizsäcker: eine Bildbiographie, Heyne, München 1992, S. 79

4 Siehe Frankfurter Rundschau vom 10. Januar 2011

5 Siehe FAZ vom 17. August 2009

6 Siehe Neues Deutschland vom 15. April 2006

7 Antwort auf Briefe eines Mitgefangenen, Februar 1944, veröffentlicht in »Aber ich glaube an den Triumph der Wahrheit«, Ernst Thälmann zum 125. Geburtstag., a.a.O., S. 196